

Verwahrlosung und der Kindererwerbsarbeit entgegenwirken: Schulspeisung, Schularzte, Kindergärten, Kinderhorte, Ferienkolonien usw. Und schließlich um durch Übermittlung des gesammelten Materials an unsere Landtags- und Reichstagsabgeordneten deren Kampf in den Parlamenten um Ausbau des Kinderschutzes zu unterstützen. Durch Einrichtung von Ferianausflügen für die Arbeiterkinder, an denen sich diese zahlreich beteiligten, in einigen Städten bis zu drei-, fünf- und sechstausend, sind segensreiche Einrichtungen geschaffen. Den Kindern, die man aus der Enge, dem Staub und den Gefahren der Straße hinausführte in die köstliche, reine Landluft, in das Grün der Wiesen und in den Schatten der Wälder, hat man herrliche Stunden frohen Spiels und der Erholung, ein wenig Lebenssonne verschafft und dabei gleichzeitig einen nicht unwesentlichen Einfluß auf ihre Denkrichtung, ihre Anschauungsweise bekommen.

Durch eine im vergangenen Jahre vom Vorstand herausgegebene Broschüre (Heft 8 der „Frauenbibliothek“) über die Aufgaben der Kinderschutzkommissionen haben viele derselben ihre Tätigkeit nach den dort gegebenen Anleitungen erweitert.

Eine hübsche Anzahl unserer Genossinnen ist auch in der Jugendbewegung tätig, wozu gerade sie am meisten mitbefähigt sind, durch das warme, mütterliche Gefühl, das in den Frauen schlummert und das, erwacht, nach Betätigung drängt. Jedoch ist hier noch eine weit größere Beteiligung dringend vonnöten. Die Anteilnahme der weiblichen Jugend an unserer Jugendbewegung steht weit hinter jener der männlichen zurück. Der Einfluß der Frauen wird sicherlich in zwiefacher Beziehung bessernd und fördernd wirken können. Einmal in den Jugendausschüssen bei deren Veranstaltungen und vor allem bei dem Bestreben, jene philisterhaften Anschauungen auszurotten, die als „unschicklich“ und „unsittlich“ Brandmarken, wenn unsere weibliche Jugend, lebensfreudig und wissensdurstig, sich in schöner, offener Kameradschaftlichkeit mit den jungen Burschen in unserer Jugendbewegung zusammenfindet.

Auch hier wird das Wachstum unserer weiblichen Mitgliedschaft, der Ausbau und die steigende Inanspruchnahme unserer Bildungseinrichtungen wie auf allen anderen Gebieten des Parteilebens in immer höherem Maße die Proletarierinnen befähigen, am Aufstieg und am Befreiungskampf ihrer Klasse lebendigen Anteil zu nehmen.

Ein rüstiger Fortschritt der proletarischen Frauenbewegung ist von der Partei im Jubiläumsjahr als erfreuliche Erscheinung zu buchen.

Die deutsche Sozialdemokratie und die Agrarfrage.¹

Von Otto Braun.

Der Parteitag in Chemnitz 1912 hat dem Parteivorstand folgenden Antrag zur Erledigung überwiesen:

„Eine Studienkommission für die Agrarfrage einzusetzen. Die Kommission, zu der nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Praktiker der Land-

¹ Nachstehende Ausführungen wurden von mir in der Sitzung des Parteiausschusses vom 9. Juni 1913 gemacht. Auf Wunsch des Ausschusses sollen sie weiteren Parteikreisen durch Drucklegung zugänglich werden.

wirtschaftlichen Betriebsweise zuzuziehen sind, soll unter Verwendung einwandfreien statistischen Materials namentlich die landwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen und die soziale Lage der Kleinbauern objektiv erforschen und dadurch die Unterlagen für ein sozialdemokratisches Agrarprogramm schaffen.“

Der Parteivorstand will der Ausführung dieses Antrags näher treten. Es verlohnt sich daher wohl, auf die seitherige Behandlung der Agrarfrage in unserer Partei einen kurzen Rückblick zu werfen.

Mit der Agrarfrage hat sich unsere Partei seit ihrem Bestehen beschäftigt. Das ist nicht verwunderlich, denn die Landwirtschaft ist ein so wichtiger Zweig unseres Wirtschaftslebens, daß eine Partei, die ihre Kräfte aus der wirtschaftlichen Entwicklung zieht, die sich die Umdwälzung der bestehenden Wirtschaftsordnung zum Ziele gesetzt hat, sich klar sein muß über die Entwicklungstendenzen, die diesem Zweige wirtschaftlicher Betätigung innewohnen.

Über diese Entwicklungstendenzen herrscht in der Partei noch stark die Auffassung vor, die Marx einst in seinen grundlegenden Schriften vertreten hat. Schon in dem kommunistischen Manifest geht er davon aus, daß die kapitalistische Entwicklung in der Landwirtschaft sich nicht anders darstellen könne als in der Industrie. Der Großbetrieb siegt infolge seiner technischen Überlegenheit auch hier. Die Kleinen verelenden und gehen zugrunde, indem die Großen wachsen. Für Marx war der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft ebenso dem Untergang geweiht wie in der Industrie.

Das freie Eigentum des selbstwirtschaftenden Bauern — so schreibt er im dritten Bande des „Kapital“ — ist für die Entwicklung der Agrikultur selbst ein notwendiger Durchgangspunkt. Die Ursachen, an denen es untergeht, zeigen seine Schranke. Sie sind: Vernichtung der ländlichen Hausindustrie, die seine normale Ergänzung bildet, infolge Entwicklung der großen Industrie; allmähliche Verarmung und Ausfaugung des dieser Kultur unterworfenen Bodens; Usurpation, durch große Grundeigentümer, des Gemeineigentums, das überall die zweite Ergänzung der Parzellenwirtschaft bildet und ihr allein die Haltung von Vieh ermöglicht; Konkurrenz der, sei es als Plantagenwirtschaft, sei es kapitalistisch betriebenen Großkultur. Verbesserungen in der Agrikultur, die einerseits Sinken der Preise der Bodenprodukte herbeiführen, andererseits größere Auslagen und reichere gegenständliche Produktionsbedingungen erheischen, tragen auch dazu bei, wie in der ersten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts in England.

Diese Ausführungen zeigen, wie stark Marx in seiner Stellung zur Agrarfrage von den spezifisch englischen Verhältnissen beeinflusst wurde. Der Bauer, der Marx vorschwebte, brauchte Nebenbeschäftigung in der Hausindustrie. Da diese, durch die Großindustrie verdrängt, unterging, war für ihn, wie er im ersten Bande des „Kapital“ ausführt, auch der Untergang des häuerlichen Kleinbetriebs besiegelt.

Wie sehr Marx die englischen Verhältnisse seinen agrarpolitischen Anschauungen zugrunde legte, erhellt auch daraus, daß er im dritten Bande des „Kapital“ es als *U s n a h m e* bezeichnet, wenn der Landwirt sein *e i g e n e s* Grundstück bewirtschaftete. Er schreibt:

Solche Fälle kommen in der Praxis vor, aber nur als *U s n a h m e*. Ganz wie die kapitalistische Bebauung des Bodens Trennung des fun-

gierenden Kapitals und des Grundeigentums voraussetzt, schließt sie als Regel Selbstbewirtschaftung des Grundeigentums aus.

Mary sah eben in dem englischen Pachtssystem die nächste Etappe in der kapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft. Für ihn unterlag es keinem Zweifel, daß ebenso wie in der Industrie auch in der Landwirtschaft auf dem Kontinent die Entwicklung zum kapitalistischen Großbetrieb die gleiche Richtung einschlagen würde wie in England.

Dieser Marysche Grundgedanke beherrscht seit Jahrzehnten die Stellungnahme der deutschen Sozialdemokratie zum Agrarproblem. Schon vor Gründung der Partei, als im Jahre 1848 die revolutionären Wellen von Frankreich nach Deutschland schlugen, erhob der Bund der Kommunisten seine „Forderungen der kommunistischen Partei Deutschlands“, in denen es unter anderem hieß:

Die fürstlichen und anderen feudalen Landgüter, alle Bergwerke, Gruben usw. werden in Staatseigentum umgewandelt. Auf diesen Landgütern wird der Ackerbau im großen und mit den modernsten Hilfsmitteln der Wissenschaft zum Vorteil der Gesamtheit betrieben.

Die Hypotheken auf den Bauerngütern werden für Staatseigentum erklärt; die Interessen für jene Hypotheken werden von den Bauern an den Staat gezahlt.

In den Gegenden, wo das Pachtwesen entwickelt ist, wird die Grundrente oder der Pachtschilling als Steuer an den Staat bezahlt.

Schon hier sehen wir den landwirtschaftlichen Großbetrieb in den Vordergrund gerückt. Ebenso ist die Resolution von dem Gedanken des Großbetriebs beherrscht, die die später im Jahre 1864 gegründete Arbeiterassoziation auf ihrem Kongreß in Brüssel 1868 zum Beschluß erhob. Diese Resolution lautet in ihrem ersten Teile:

In Erwägung, daß die Erfordernisse der Produktion und die Anwendung der bekannten Geseze der Agronomie den Großackerbau erheischen und die Einführung der Maschinenarbeit und die Organisation der ländlichen Arbeitskraft notwendig machen und daß im allgemeinen die moderne ökonomische Entwicklung dem Großackerbau zustrebt;

in Erwägung, daß demgemäß die ländliche Arbeit und das Landeigentum auf denselben Fuß gesetzt werden muß wie die Bergwerke;

ist der Kongreß der Meinung, daß die ökonomische Entwicklung der modernen Gesellschaft es zu einer gesellschaftlichen Notwendigkeit machen wird, Grund und Boden in gemeinschaftliches, gesellschaftliches Eigentum zu verwandeln, und daß der Boden von Staats wegen an Ackerbaugesellschaften (Produktivgenossenschaften) zu verpachten sei, unter ähnlichen Bedingungen wie die Bergwerke und Eisenbahnen.

Wir sehen auch hier wiederum den landwirtschaftlichen Großbetrieb in den Vordergrund gerückt.

Auch in den Agitationschriften jener Zeit wurde die Entwicklung der Landwirtschaft der industriellen Entwicklung völlig gleichgestellt. So schrieb Eccarius, Schneider von Beruf, der in der alten Internationale eine große Rolle spielte, in seiner Broschüre: „Eines Arbeiters Widerlegung der nationalökonomischen Lehren John Stuart Mills“ auf Seite 48:

Die kleine Bauernwirtschaft steht in demselben Verhältnis zur modernen großen Agrikultur wie die Handspinnerei und -weberei zur Maschinenspinnerei und -weberei,
und auf Seite 52:

Wenn in der großen Agrikultur 100 Arbeiter durch kombinierte Arbeit mit Hilfe des Dampfes und der Mechanik so viel produzieren können als 300 kleine Bauern durch übermenschliche zersplitterte Anstrengungen, so gebietet die Ökonomie, die kleine Bauernwirtschaft zu unterdrücken, wo sie existiert. Ist die Verminderung der Handarbeit unter gegebenen Umständen den Handarbeitern schädlich, so ist es ihre Sache, die Zustände zu ändern oder umzustürzen, wenn sie nicht zu ändern sind, und bessere zu schaffen. Die kleine Bauernwirtschaft ist politisch, sozial und ökonomisch gerichtet.

Man sieht: viel Federlesen machte man mit der Bauernwirtschaft damals nicht. Wie sehr der Vergleich mit der Hand- und mit der Maschinweberei hinft, wird auch heute dem oberflächlichsten Beobachter der tatsächlichen Verhältnisse einleuchten.

Der im nächsten Jahre (1869) in Basel tagende vierte Kongreß der „Internationale“ beschränkte sich darauf, einfach die Vergesellschaftlichung des Grund und Bodens zu fordern.

Er beschloß:

1. Der Kongreß erklärt, daß die Gesellschaft das Recht hat, das individuelle Eigentum an Grund und Boden abzuschaffen und den Grund und Boden in Gemeineigentum zu verwandeln.

2. Der Kongreß erklärt, daß es im Interesse der Gesellschaft notwendig ist, den Grund und Boden in Gemeineigentum zu verwandeln.

Daß mit dieser trockenen Erklärung zum Kollektiveigentum unter der ländlichen Bevölkerung wohl kaum agitatorische Erfolge zu erzielen wären, leuchtete auch dem Kongreß ein, und er beschloß daher, noch eine Kommission zum Studium der Agrarfrage einzusetzen. Von dem Ergebnis der Tätigkeit dieser ersten Agrarkommission ist nichts bekannt geworden.

Auch Liebknecht schrieb damals in seiner Broschüre: „Die Grund- und Bodenfrage“, Seite 20:

Die Baseler Beschlüsse sind wesentlich theoretischer Natur und haben keinen unmittelbaren praktischen Charakter.

Deshalb beschloß wohl auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterkongreß in Eisenach 1869 die Herausgabe eines Manifests zur Agitation unter der Landbevölkerung. In diesem von dem Zentralkomitee der Sektionsgruppe deutscher Sprache in Genf unterm 16. November 1869 herausgegebenen, von Becker verfaßten Manifest werden die programmatischen Forderungen der Partei ausführlicher dargelegt.

Wiederum wird auf englische Verhältnisse zurückgegriffen und unter Bezugnahme auf diese unter anderem ausgeführt:

Die Kleinbäuerliche Bewirtschaftung ist deshalb durch die Allmacht des Kapitals, durch den Einfluß der Wissenschaft, den Gang der Tatsachen und das Interesse der Gesamtgesellschaft unwiderruflich und ohne Gnade zum allmählichen Tode verurteilt.

Von den Forderungen, die daraufhin erhoben wurden, seien nur folgende wiedergegeben:

1. Die Kleinbesitzer einer Gemeinde bilden, indem sie ihre Grundstücke, Viehstände, Wirtschaftsgebäude, Ackergerätschaften, Arbeitskräfte in Anwendung aller Mittel der Wissenschaft und Technik zu gemeinschaftlichem Betrieb vereinigen, eine Produktivgenossenschaft.

2. Alle besitzlosen Arbeiter, die bis jetzt nur Tagelöhnerie betreiben, als Knechte und Mägde dienen, werden gleichberechtigte Mitgenossen und erhalten, wie alle anderen, die durch ein besonderes Reglement festzustellenden Mittel ihres Lebensunterhaltes.

3. In Gemeinden, wo die Kleinbesitzer die Notwendigkeit genossenschaftlicher Bewirtschaftung noch nicht begreifen oder aus fauler Gewohnheit und engherziger Selbstsucht vom alten Schlandrian nicht lassen können, mögen die Besitzlosen unter sich allein zunächst einen Feldarbeiterverein gründen und dann, gestützt auf ihr Naturrecht, der Gemeinde, dem Staat, der Kirche gehörendes oder in anderer Weise zu beschaffendes Land mit ganzer Energie zu gemeinschaftlichem Betrieb verlangen.

Dann wird noch Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Kontrolle der gutsherrlichen Buchführung als Vorbereitung der Selbstbewirtschaftung gefordert.

Dieses Manifest läßt an Klarheit wie an Radikalismus nichts zu wünschen übrig. Doch erkannte *Liebnecht*, der wohl einige Erfahrung in der Agitation hatte, daß sich mit diesem Agrarprogramm Erfolge für die Partei bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung wohl kaum erzielen ließen, und lehnte daher die Veröffentlichung ab. Später, im Jahre 1870, hat er es sodann im „Volksstaat“ dennoch abgedruckt, was wenigstens den einen Erfolg hatte, daß es im Hochverratsprozeß gegen *Webel* und ihn als Belastungsmaterial ins Feld geführt wurde. Verbreitet zur Agitation auf dem Lande ist es nicht.

Der Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Eisenacher Richtung, der 1870 in Stuttgart tagte, nahm deshalb erneut zu der Frage Stellung. Die Ausführungen *Webels*, der referierte, bewegten sich überwiegend in den Marx'schen Gedankengängen. So führte er über die Entwicklungstendenzen in der Landwirtschaft unter anderem aus:

Die Entwicklung der bäuerlichen Verhältnisse hat aber gezeigt, daß das Parzelleneigentum in der Zeit der Dampfmaschine ein überwundener Standpunkt ist. Die Unmöglichkeit, auf der Parzelle eine rationelle Bewirtschaftung des Bodens einzuführen, der Mangel an Kapital, die Unmöglichkeit, Maschinen und verbesserte Einrichtungen auszunutzen, die Vererbung und damit Zersplitterung des Ackerlandes hat das größte Elend der französischen Parzellenbauern zur Folge gehabt. . . .

. . . Die Lage eines großen Teiles des kleinen Bauernstandes in Deutschland ist um kein Haar besser als in Frankreich, die zahlreichen Tagelöhnerfamilien in Deutschland kaum besser daran als ihre Leidensgenossen in England. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Steigerung der mißlichen Lage der niederen bäuerlichen Bevölkerung und die allmähliche Vernichtung des mittleren Bauernstandes die notwendige Folge der weiteren Entwicklung unserer ökonomischen Verhältnisse sein wird.

Die *Resolution*, die der Kongreß annahm, deckte sich im wesentlichen mit der auf dem Kongreß der Internationale in Brüssel beschlossenen. Als

übergangsstadium von der Privatbewirtschaftung des Ackerlandes zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung forderte sie mit den Staatsdomänen, Schatullengütern, Fideikommissen, Kirchengütern, Gemeindeländereien, Bergwerken, Eisenbahnen usw. zu beginnen und erklärt sich gegen jede Verwandlung des oben angeführten Staats- und Gemeindebesitzes in Privatbesitz.

Dieses ist die erste Resolution, die die deutsche Partei zur Agrarfrage beschlossen hat. Sie stellt sich auf den Standpunkt, den die Internationale in dieser Frage eingenommen hat. Nach ihr erwartet die Partei in der Landwirtschaft die gleiche Entwicklung zum Großbetrieb, wie sie die Industrie aufzuweisen hatte, und fordert daher einzig die Vergesellschaftlichung des Grund und Bodens und seine genossenschaftliche Bewirtschaftung.

Den gleichen Gedanken vertrat Genosse Liebknecht in seiner Broschüre: „Die Grund- und Bodenfrage“. Wir lesen dort auf Seite 52:

Die landwirtschaftliche Kleinproduktion kann die Konkurrenz mit der landwirtschaftlichen Großproduktion nicht aushalten und muß dieser gerade so Platz machen wie die industrielle Kleinproduktion der industriellen Großproduktion.

Liebknecht konnte freilich nicht verkennen, daß die Entwicklung in Deutschland nicht so schnell vor sich ging wie in England. Er schrieb:

Man kann zugeben, daß die Lage unserer Landbevölkerung in manchen Gegenden Deutschlands nicht so schlimm ist wie in England und Frankreich; auch unsere industriellen Zustände, für welche die gleichen ökonomischen Gesetze gelten, sind noch nicht so auf die Spitze getrieben wie in den beiden genannten Ländern, was aber nicht hindert, daß sie, und zwar mit wachsender Geschwindigkeit, genau in der nämlichen Richtung vorwärtsdrängen.

Er führt dann weiter aus:

Da, wo weder das Parzellensystem noch der Großgrundbesitz zur vollen Entwicklung gelangt ist und noch ein relativ wohlsituerter Bauernstand sich erhalten hat, ist derselbe nach den unabänderlichen Gesetzen der heutigen Produktion, nach Gesetzen, deren verderbliche Wirkung nur zugleich mit ihrer Ursache, das ist mit der heutigen Produktion aufgehoben werden kann, dem Untergang geweiht. Sein Todesurteil ist gesprochen.

Daß Bebel und Liebknecht und mit ihnen die Gesamtpartei die Verhältnisse damals so beurteilten, ist durchaus verständlich. War man doch selbst in konservativen Kreisen der gleichen Anschauung. So schrieb die „*Reuzzeitung*“ im Oktober 1873 in einem Artikel über *Abwanderung vom Lande* unter anderem:

Kommt aber erst einmal die Zeit heran, wo ein namhafter Teil des bestellten Grund und Bodens mittels der Maschinen bearbeitet wird, die Zeit, in der immer allgemeiner durch Maschinen gesät, gemäht und gedroschen wird, dann können diejenigen Besitzer von Grund und Boden, welche die Maschinen ihrer Kostspieligkeit wegen und weil deswegen ihre Beschaffung für den bäuerlichen Landwirt nicht rentabel ist, nicht halten können, nicht mehr mit dem Großgrundbesitz konkurrieren und müssen zugrunde gehen. Hören wir nicht schon heute aus Mecklenburg, Pommern usw. Klagen zu uns bringen, daß die kleinen Besitzer und Pächter, die

unter 150 bis 200 Morgen bewirtschaften, nicht „rund kommen“ können, weil die Flächen für die Maschinenarbeit zu geringe sind?

Mit der Resolution des Stuttgarter Kongresses war für die Partei einige Jahre hindurch die Agrarfrage erledigt. Freilich, Erfolge unter der Landbevölkerung wurden damals nicht erzielt. Doch fiel das wenig ins Gewicht, da der Partei in der schnell wachsenden Zahl der Industriearbeiter sich ein großes Rekrutierungsfeld darbot, das mehr Erfolg versprach. Dann kamen die Jahre des Schandgesetzes, die die Landagitation unmöglich machten. Doch in der letzten Zeit der Geltung des Ausnahmegesetzes, so auf dem Parteitag in St. Gallen, wurde bereits auf die Notwendigkeit, Landagitation zu treiben, hingewiesen. Auf dem ersten Parteitag nach Fall des Sozialistengesetzes wurden lebhafteste Wünsche laut nach Schaffung eines Agrarprogrammes und der Herausgabe von Agitationschriften für die landwirtschaftlich tätige Bevölkerung.

In den nächsten darauffolgenden Jahren hatte die Partei andere wichtige Fragen zu lösen, so daß man die Landagitation ohne Agrarprogramm begann und dort, wo sie geschickt betrieben wurde, auch Erfolge zu verzeichnen hatte.

Inzwischen beschäftigte sich der Internationale Kongreß in Zürich 1893 mit der Agrarfrage und gelangte zu folgender Resolution:

Der Kongreß bekennt sich zu dem Grundsatz des Gemeineigentums an Grund und Boden.

Der Kongreß erklärt es für eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie aller Länder, auch die landwirtschaftlichen Arbeiter neben den industriellen zu organisieren und in die Kampfzreihen des univereellen Sozialismus einzugliedern.

In dieser Resolution wird lediglich das Bekenntnis zu dem Grundsatz des Gemeineigentums erneuert und zudem auf die Notwendigkeit, die Landarbeiter zu organisieren, hingewiesen. Über Forderungen, die im Interesse der Landarbeiter und Kleinbauern erhoben und in der Agitation wie in den Parlamenten zu vertreten wären, also über das eigentliche Agrarproblem, konnte man sich nicht einigen, das sollte den einzelnen Nationen überlassen bleiben.

Da aber darüber Klarheit notwendig war, stimmte der deutsche Parteitag in Köln 1893 einem Antrag Schönlanck zu, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags zu setzen: „Die Landarbeiter, die Kleinbauern und die Sozialdemokratie.“

Der Parteitag in Frankfurt 1894 beschäftigte sich dann eingehend mit der Frage. Bollmar und Schönlanck referierten. Der letztere sprach unter Zitierung von Max Weber davon, daß das Junkertum im Osten den chronischen Fäulnisprozeß in der Landwirtschaft repräsentiere und daß sich daneben „die gewaltige Tragödie des untergehenden Kleinbetriebs, des Bauerntums vollziehe“.

Wir sehen, auch Schönlanck hält daran fest, daß der Kleinbetrieb dem Untergang geweiht sei, von dem Großbetrieb verdrängt werde, der dann der Sozialisierung entgegengeführt werden müsse. Indes verkennt er nicht, daß mit dieser einfachen Formel agitatorische Erfolge auf dem Lande wohl nicht zu erzielen sein würden, und erklärt daher zum Schluß: „Wir müssen praktisch werden. . . Die Medizin des Sozialismus muß der Landbevölke-

rung in homöopathischen Dosen beigebracht werden, sonst bringt sie den Bauern um."

Bollmar bestritt die Richtigkeit der Marx'schen Auffassung von den Entwicklungstendenzen in der Landwirtschaft, von der Verdrängung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb. Er empfahl praktische Bauernpolitik. Diese kommt dann auch in der Resolution zum Ausdruck, in der es unter anderem heißt:

„Setzt aber muß die Notlage der Bauern und Landarbeiter durch eine gründliche Reformtätigkeit gelindert werden. Die nächste Aufgabe der Partei ist ein besonderes agrarpolitisches Programm, das die dem Bauern wie dem Landarbeiter besonders nützlichen nächsten Forderungen des Erfurter Programmes in einer dem Verständnis der ländlichen Bevölkerung angemessenen Darstellung erläutert und ergänzt.“

Der Bauernschutz soll den Bauern als Steuerzahler, als Schuldner, als Landwirt vor Nachteilen bewahren.

Diese Resolution wurde fast einstimmig angenommen.

Daneben wird in der Resolution der alte grundsätzliche Standpunkt von der Proletarisierung der Bauern aufrechterhalten und verlangt, daß der Grund und Boden mit den Arbeitsmitteln den Produzenten, die als Lohnarbeiter oder Kleinbauern im Dienste des Kapitals das Land bestellen, zurückgegeben werden. Außerdem werden Landarbeiterschutzbestimmungen gefordert. Diese Resolution wurde, obwohl sie wesentlich neue Forderungen enthielt, gegen wenige Stimmen angenommen, nachdem die Anträge, die den Bauernschutz streichen wollten, mit großer Mehrheit abgelehnt worden waren.

Gleichzeitig wurde beschlossen, eine Agrarkommission einzusetzen, die die ganze Materie studieren und dem nächsten Parteitag ein Agrarprogramm vorlegen sollte.

Diese Kommission, in die Genossen aus allen Teilen des Reiches gewählt wurden, bildete drei Unterausschüsse, die jeder dem nächsten Parteitag einen Programmentwurf vorlegten. Alle in der Frankfurter Resolution aufgestellten Forderungen waren hier in eine programmatische Form gebracht. Obwohl der Frankfurter Parteitag der Resolution mit übergroßer Mehrheit zugestimmt hatte, stießen die Programmentwürfe der Kommission bei dem Parteitag in Breslau 1895 auf großen Widerstand. Schon vorher waren sie in der Presse und in Versammlungen scharf angegriffen, insbesondere der Bauernschutz verworfen.

Friedrich Engels hatte, veranlaßt durch die Agrardebate, in Frankreich und vornehmlich durch die Ergänzung und Motivierung, die das im Jahre 1892 in Marseille beschlossene Agrarprogramm, das auch Bauernschutz vorsah, im Jahre 1893 auf dem Parteitag in Nantes erfahren hatte, in der „Neuen Zeit“, 1894/95, 1. Band, einen Artikel erscheinen lassen: „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“, in dem er sich gegen alle Forderungen wendet, die darauf gerichtet sind, den Bauern in seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit zu stützen und zu stärken. Der alten Marx'schen Auffassung getreu schreibt er in seinem Artikel:

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsform hat dem Kleinbetrieb in der Landwirtschaft den Lebensnerv abgeschnitten, er verfallt und verkommt unrettbar.

Und über die Stellung, die die Partei dieser Entwicklung gegenüber einzunehmen hat, heißt es weiter in dem Artikel:

Die Hauptsache bei alledem ist und bleibt die, den Bauern begreiflich zu machen, daß wir ihnen ihren Haus- und Feldbesitz nur retten, nur erhalten können durch Verwandlung in genossenschaftlichen Besitz und Betrieb. Es ist ja gerade die durch den Einzelbesitz bedingte Einzelwirtschaft, die die Bauern dem Untergang zutreibt. Beharren sie auf dem Einzelbetrieb, so werden sie unvermeidlich von Haus und Hof verjagt, ihre veraltete Produktionsweise durch den kapitalistischen Großbetrieb verdrängt.

Und zum Schluß:

Es ist die Pflicht unserer Partei, den Bauern immer und immer wieder die absolute Rettungslosigkeit ihrer Lage, solange der Kapitalismus herrscht, klarzumachen, die absolute Unmöglichkeit, ihnen ihr Parzellentum als solches zu erhalten, die absolute Gewißheit, daß die kapitalistische Großproduktion über ihren machtlosen veralteten Kleinbetrieb hinweggehen wird wie ein Eisenbahnzug über eine Schubkarre. Tun wir das, so handeln wir im Sinne der unvermeidlichen ökonomischen Entwicklung, und diese wird den Kleinbauern schon offene Köpfe machen für unsere Worte.

Diese Argumente Friedrich Engels' wurden auch in Breslau von den Begnern der Agrarprogrammwürfe hauptsächlich ins Feld geführt und schließlich auch von der Mehrheit geteilt. Keiner der Entwürfe fand die Zustimmung des Parteitag. Dieser stimmte vielmehr folgendem **U n t r a g** **P a u t s c h** zu:

Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarprogrammes ist zu verwerfen. Denn dieses Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigentums in Aussicht; es erklärt das Interesse der Landeskultur in der heutigen Gesellschaftsordnung für ein Interesse des Proletariats, und doch ist das Interesse der Landeskultur ebenso wie das Interesse der Industrie unter der Herrschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln ein Interesse der Besitzer der Produktionsmittel, der Ausbeuter des Proletariats. Ferner weist der Entwurf des Agrarprogrammes dem Ausbeuterstaat neue Machtmittel zu und erschwert dadurch den Massenkampf des Proletariats, und endlich stellt dieser Entwurf dem kapitalistischen Staat Aufgaben, die nur ein Staatswesen ersprießlich zur Durchführung bringen kann, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat.

Der Parteitag erkennt an, daß die Landwirtschaft ihre eigentümlichen, von denen der Industrie verschiedenen Gesetze hat, die zu studieren und zu beachten sind, wenn die Sozialdemokratie auf dem flachen Lande eine gedeihliche Wirksamkeit entfalten soll. Er beauftragt daher den Parteivorstand, er möge unter Berücksichtigung der bereits von der Agrarkommission gegebenen Anregungen eine Anzahl geeigneter Personen mit der Aufgabe betrauen, das über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen veröffentlichen als „Sammlung agrarpolitischer Schriften der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“.

Der Parteivorstand erhält Vollmacht, die nötigen Geldauswendungen zu machen, um den mit den erwähnten Arbeiten betrauten Genossen die Erfüllung ihrer Arbeit zu ermöglichen.

In diesem Beschluß wird abweichend von den oben zitierten Anschauungen Marx', Bebel's und Liebknecht's zum erstenmal anerkannt, daß die Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft nicht denen der Industrie gleichen, daß vielmehr die Landwirtschaft ihre eigentümlichen, von denen der Industrie verschiedenen Gesetze hat. Gleichzeitig kam zum Ausdruck, daß über die Agrarfrage noch große Unklarheit in der Partei herrscht, die durch gründliches Studium der einschlägigen Verhältnisse und Veröffentlichung des gewonnenen Materials behoben werden mußte.

Als wertvollstes Ergebnis dieses Studiums kann man wohl das im Jahre 1899 erschienene Buch Kautsky's: „Die Agrarfrage“ und das Buch Davids: „Sozialismus und Landwirtschaft“, 1. Band, Betriebsfrage, das 1903 erschien, betrachten.

Inzwischen hatte noch der Internationale Kongreß in London 1896 zu der Agrarfrage Stellung genommen und in einer Resolution die bereits in der Züricher Resolution von 1893 enthaltenen Grundgedanken wiederum zum Ausdruck gebracht. Es wurde erneut konstatiert, daß die Verhältnisse in den einzelnen Ländern zu verschieden seien, als daß es möglich wäre, eine für die Arbeiterparteien aller Länder bindende Regel aufzustellen. Die Länder, die Kommissionen zum Studium der Agrarfrage eingesetzt hätten, sollten deren Arbeiten durch gegenseitigen Austausch von Material unterstützen. Von nennenswertem praktischen Wert ist auch dieser Beschluß nicht gewesen.

Ein weiterer deutscher Parteitag hat sich mit der Agrarfrage nicht mehr beschäftigt, sie ist sozusagen auf dem toten Punkt angelangt.

Kautsky hält in seinem Buche an der Überlegenheit des Großbetriebs fest, während David in seinem Werke nachzuweisen versucht, daß der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft dem Großbetrieb technisch überlegen und produktiver sei. Er kommt daher zu dem Schluß:

Darum stehen wir nicht an, die Verwandlung der landwirtschaftlichen Großbetriebe in bäuerliche Kleinbetriebe als erstrebenswertes Ziel aufzustellen.

Artur Schulz hat diese Auffassung zur seinigen gemacht und propagiert in den letzten Jahren mit großem Eifer die Förderung des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs.

Kautsky kann in einer eingehenden Besprechung des Davidschen Buches in der „Neuen Zeit“ 1902/03 seinen früheren Standpunkt nicht vollständig aufrechterhalten. Er schreibt unter anderem:

Soweit eine weiterreichende Revision unserer agrarischen Vorstellungen sich vollzogen hat, und sie hat sich vollzogen, das leugne ich am allerwenigsten, ist sie nicht aus dem wachsenden Bedürfnis, Bauernstimmen zu gewinnen, entsprungen, sondern aus neuauftauchenden Tatsachen.

Kautsky stellt hier also fest, daß neuauftauchende Tatsachen uns zu einer Revision unserer agrarischen Vorstellungen gezwungen haben, und führt dann weiter in dem Artikel aus:

In einem wichtigen Punkte mußten wir unsere Vorstellungen revidieren. Der Bauer verschwindet nicht so rasch, wie wir erwartet haben. Er hat in den letzten Jahrzehnten nur wenig, wenn überhaupt an Boden verloren. Der kommende Gang der Entwicklung läßt sich aber heute schwer übersehen. Die Neuheit und Zahl der die jüngsten Veränderungen der Landwirtschaft bestimmenden Faktoren (überseeischer Raubbau, Leutenot, Genossenschaftswesen, Industrialisierung der Landwirtschaft, industrielle Krise usw.) ist groß, und über deren Dauer, Wandlungen und Wirkungen lassen sich aus den bekannten Tatsachen noch keine bestimmten Schlüsse ziehen. Wir haben indes keinen Grund, in absehbarer Zeit eine rasche Abnahme der Kleinbetriebe in Europa zu erwarten. Aber auch keinen Grund, das Gegenteil anzunehmen, auf ein entschiedenes Vordringen des Kleinbetriebs oder gar eine Verdrängung des Großbetriebs durch ihn zu rechnen.

In dieser veränderten Sachlage sieht Kautsky jedoch keine Veranlassung zu anderer Änderung der Taktik der Partei. Darüber heißt es in dem erwähnten Artikel:

Wir können auf dem Boden bleiben, auf den sich der Kommunistenbund 1848 stellte, der die Verstaatlichung der großen Güter und ihre Bewirtschaftung „im großen und mit den modernsten Hilfsmitteln der Wissenschaft zum Vorteil der Gesamtheit“ forderte, dagegen in bezug auf die Bauerngüter nur die Verstaatlichung ihrer Hypotheken, nicht ihres Betriebs forderte. Dies ist der Standpunkt der Sozialdemokratie bis heute geblieben, und er wird es bleiben, wenn die hier dargelegte theoretische Auffassung die richtige ist.

Wir erwarten nicht mehr den Untergang des Kleinbetriebs, aber auch nicht den des Großbetriebs in der Landwirtschaft unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise. Das siegreiche Proletariat wird beide Betriebsarten vorfinden. Es wird im Großbetrieb die Lohnarbeit durch genossenschaftliche Arbeit ersetzen, es wird den Kleinbetrieb nicht gewaltsam aufheben, sondern vielmehr ihm seine Existenz erleichtern.

Diese Ausführungen lassen erkennen, welche Wandlung in der Beurteilung der landwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen sich in der Partei vollzogen hat.

Inzwischen sind aber weitere neue Tatsachen bekannt geworden, die darauf schließen lassen, daß die Entwicklung in der Landwirtschaft sich nicht in der Richtung bewegt, wie unsere Altvorderen annahmen. Dieses macht es immer mehr zur gebieterischen Notwendigkeit, daß die Partei sich auf dem agrarischen Gebiet neu orientiert und versucht, einheitliche Richtlinien für die Tätigkeit unserer Vertreter in den Parlamenten und somit auch für die Agitation abzustecken.

Der bevorstehende Parteitag wird daher nicht umhin können, dem Kölner Antrag vom vorigen Jahre stattzugeben und eine Kommission zum Studium der Entwicklungstendenzen in der Landwirtschaft einzusetzen. Ob diese Kommission direkt vom

Parteitag gewählt wird oder durch den Parteivorstand und Parteiauschuß, ist unerheblich. Die Hauptsache ist, daß Genossen hineingewählt werden, die nicht nur Lust und Liebe, sondern Sachkunde zur Erfüllung der ihnen gestellten schwierigen Arbeit mitbringen.

Selbstverständlich muß der Kommission das Recht gegeben werden, gemeinsam mit dem Parteivorstand sachkundige Genossen zur Durchführung ihrer Arbeiten anzustellen. Denn bei dem großen Umfang des statistischen Materials, der riesigen Menge von Literatur, die durchgearbeitet werden muß, ist es ganz ausgeschlossen, daß diese Arbeit von Kommissionsmitgliedern im Nebenamt durchgeführt werden kann.

Die Kommission wird vornehmlich die Dispositionen für die Arbeiten zu treffen haben, die Gebiete abzugrenzen, die erforscht werden sollen.

Sie darf auch nicht die Aufgabe zugewiesen werden, ein Agrarprogramm zu entwerfen. Sie soll lediglich die Verhältnisse studieren und das durch dieses Studium gewonnene Material so der Partei unterbreiten, daß die Verhältnisse klar zutage treten, die Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft erkennbar werden und sonach die Partei ihre agrarische Stellung entsprechend gestalten kann.

Bei dem großen Umfang der Materie wird die Kommission sich einige Beschränkungen auferlegen müssen, soll in absehbarer Zeit das Resultat ihrer Arbeit vorliegen. Gleichwohl wird sie mindestens folgende Punkte untersuchen müssen:

1. Größe der landwirtschaftlichen Betriebsflächen. Dabei wäre insbesondere festzustellen, wie sich das Verhältnis der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Gesamtfläche in den einzelnen Betriebsgrößen entwickelt hat; im Zusammenhang damit

2. die Moor- und Ödlandkultivierung.

Nach der Zusammenstellung der statistischen Ergebnisse der landwirtschaftlichen Berufszählung von 1907 waren in Deutschland von 43 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Gesamtfläche noch 2 532 649 Hektar Öd- und Unland, wie geringe Weide und Hutung; im Jahre 1895 waren es nur 2 256 786 Hektar. Die Tatsache, daß 1907 noch 1 471 357 Hektar Öd- und Unland vorhanden war, beweist, wieviel in Deutschland noch auf dem Gebiet der Bodenkultivierung zu tun ist.

3. Landesmeliorationen, Ent- und Bewässerung.

Hier wäre zu untersuchen, inwieweit diese Bodenverbesserungen durchgeführt werden, in welcher Weise und inwieweit die einzelnen Betriebsgrößen daran beteiligt sind.

4. Betriebsgrößen.

Dies ist der wichtigste Punkt für die Untersuchungen. Entgegen den obengitierten Voraussagen unserer Vorkämpfer und den Beschlüssen unserer Kongresse hat auch die letzte Zählung wiederum ergeben, daß die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe erheblich zugenommen hat. Man beachte folgende Zusammenstellung:

Jahr	Zahl der Betriebe	Gesamtfläche Hektar	Landwirtschaftlich genutzte Fläche Hektar
1882	5 276 344	40 178 681	31 868 972
1895	5 558 317	43 284 742	32 517 941
1907	5 786 082	43 106 489	31 834 874

Daraus ergibt sich, daß die Betriebe von 1882 bis 1895 sich um 8,7 Prozent und von da bis 1907 um 3,2 Prozent vermehrt haben. Im Durchschnitt entfielen auf einen Betrieb: 1882 6,0 Hektar, 1895 5,9 Hektar und 1907 gar nur 5,5 Hektar. Zugewonnen haben die Zwergbetriebe bis zu 0,5 Hektar, die als selbständige Landwirtschaftsbetriebe kaum in Frage kommen, und die Betriebe in der Größe von 5 bis 20 Hektar, das sind die eigentlichen bäuerlichen Familienbetriebe.

Ungewonnen haben die Betriebsgrößen von 0,5 bis 5 Hektar und die über 20 Hektar, die Großbetriebe erheblich. Dabei ist zu beachten, daß die Betriebe von 2 bis 5 Hektar an Fläche gewonnen haben, was darauf schließen läßt, daß sie sich in steigendem Maße zu selbständigen Bauernbetrieben entwickeln. Hervorgehoben muß auch noch werden, daß der größere Teil der landwirtschaftlich genutzten Fläche unter bäuerlicher Bewirtschaftung steht. Die Kommission wird daher ihre Hauptaufgabe darin erblicken müssen, zu ermitteln, ob dieses Vordringen des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs auf seine technische Überlegenheit dem Großbetrieb gegenüber, wie David und andere Genossen mit ihm behaupten, zurückzuführen ist, oder ob es vorwiegend durch agrarpolitische Maßnahmen der Regierung herbeigeführt worden ist.

Sie muß ferner untersuchen:

5. Die Entwicklung im Anbau der einzelnen Fruchtarten, die Produktivität der einzelnen Betriebsgrößen und ihr Anteil an der Versorgung des Marktes mit Lebensmitteln.

6. Die Entwicklung der Viehzucht und Milchwirtschaft. Hierbei muß insbesondere eingehend untersucht werden, welche Einwirkungen die Zoll- und Grenzsperrpolitik ausgeübt hat, was ja auch noch bei anderen Punkten zutage treten dürfte.

7. Die Anwendung von landwirtschaftlichen Maschinen.

Diese hat in dem Zeitraum von 1895 bis zur letzten Zählung 1907 ganz gewaltig zugenommen.

So wurden angewandt in Betrieben:

	Dampfzüge	Mähmaschinen	Dampfdreschmaschinen	Dreschmaschinen	Kartoffelerntemaschinen
1895 . . .	1696	85 084	259 364	596 869	—
1907 . . .	2995	301 325	488 467	947 003	11 004
	+1299	+266 241	+229 503	+350 134	

Das Beachtenswerteste aber ist, daß die gesteigerte Anwendung von Maschinen nicht nur in den Großbetrieben, sondern in großem Umfang auch in den bäuerlichen Betrieben zu verzeichnen ist. Das ist wohl in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß es der Industrie gelungen ist, kleinere und demnach billigere Maschinen herzustellen. Auch ist durch die Ausbreitung des Genossenschaftswesens die Anwendung von Maschinen im Kleinbetrieb erheblich gefördert worden.

Im engen Zusammenhang damit steht:

8. Die Arbeiterfrage.

Hier wird die Kommission zu untersuchen haben die soziale Lage der Arbeiter, die Ursachen der Landflucht, Zunahme der Frauen- und Kinderarbeit sowie der Beschäftigung ausländischer Arbeiter und die Einwirkung

dieser Erscheinungen auf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse. Eine hervorstechende Tatsache ist, daß die Zahl der männlichen Arbeiter in der Landwirtschaft seit 1882 absolut abgenommen hat, während die erwerbstätigen Frauen und die Selbständigen zunahmen.

Weiter wäre zu untersuchen:

9. Das Fachschulwesen und die Versuchsanstalten sowie
10. das Genossenschaftswesen.

Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen hat sich in den letzten Jahren gewaltig entwickelt und hat wohl auch — das festzustellen wird Aufgabe der Kommission sein — nicht unerheblich dazu beigetragen, daß die Entwicklung in der Landwirtschaft die Richtung genommen hat, die in dem Ergebnis der letzten Zählung von 1907 unverkennbar in die Erscheinung tritt. Nach der „Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaftspresse“ hatten wir Mitte 1912 bereits 26 026 landwirtschaftliche Genossenschaften in Deutschland, und zwar 98 Zentralgenossenschaften, 16 735 Spar- und Darlehenskassen, 2373 Bezugsgenossenschaften, 3467 Molkereigenossenschaften und 3353 sonstige Genossenschaften. Wie schnell die Genossenschaften zunehmen, erhellt daraus, daß der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften allein im Jahre 1910 469 neue Genossenschaften gründete, darunter unter anderem 24 Viehverkaufs- und Viehverwertungs-genossenschaften, 31 Geflügelzucht-, Eier- und Sühnerbewertungs-genossenschaften, 55 Dampfdreschgenossenschaften, 179 Elektrizitätsgenossenschaften und 31 Wasserleitungsgenossenschaften. Im Jahre 1907 zählte man bereits 68 Prozent aller Landwirte zu den Genossenschaftsmitgliedern.

Die Entwicklung der Betriebsgrößen würde kein klares Bild geben, wollte man nicht auch

11. die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse (Erbgang, Kauf), des Fideikommißwesens und des Pachtwesens eingehend studieren. Wie Karl Marx in der Annahme geirrt hat, daß auch die deutsche Landwirtschaft sich ebenso wie die englische zum kapitalistischen Pachtbetrieb entwickeln, derart, daß die Selbstbewirtschaftung des eigenen Bodens nur noch eine Ausnahme bilden würde, geht daraus hervor, daß 1907 in Deutschland nur 5 360 041 Hektar oder 12,8 Prozent der Gesamtfläche als Pachtland bewirtschaftet wurde und davon gar nur 2 912 645 Hektar in reinen Pachtbetrieben, wovon wiederum 1 678 057 Hektar auf die Großbetriebe mit über 100 Hektar entfielen.

Die Kommission wird dann weiter

12. die Entwicklung der Bodenpreise,
 13. Verschuldung und Hypothekenwesen,
 14. die Entschuldungsmaßnahmen und das öffentliche rechtliche Kreditwesen,
 15. die Rentengutsbildung,
 16. die innere Kolonisation,
 17. die Forstwirtschaft, soweit sie die Landwirtschaft berührt,
 18. die landwirtschaftlichen Nebengewerbe,
 19. die Kommunalverwaltung auf dem Lande und in Verbindung damit
 20. das Schul- und Steuerwesen
- eingehend studieren müssen.

Die Aufgaben, die der Kommission gestellt werden müssen, sind nicht gering. Indes wenn die Sache richtig angefaßt wird und es gelingt, für die Arbeiten die richtigen Personen zu finden, dann muß es gelingen, in verhältnismäßig kurzer Zeit aus der Fülle von Material, das in der Statistik und Literatur zur Verfügung steht, die Angaben herauszuziehen und übersichtlich zusammenzustellen, die der Partei ein Urteil über die derzeitigen Verhältnisse der Landwirtschaft und die in ihr wirkenden Entwicklungstendenzen ermöglichen.

Die Agrarfrage länger als ein „Blümchen Nüchternichtan“ zu behandeln, geht nicht. Wie liegen die Dinge denn heute? Wir haben in Breslau im Jahre 1895 Forderungen, deren Durchführung geeignet ist, den Bauern als selbständigen Landwirt zu stärken und zu fördern, abgelehnt; das ist die Theorie. In der Praxis werden seither diese Forderungen aber von unseren Genossen in einzelnen Landtagen vertreten und zur Durchführung gebracht.

Dieser Zustand ist auf die Dauer unhaltbar. Es muß gelingen, durch objektive Feststellungen Klarheit über die tatsächlichen Verhältnisse zu schaffen, damit die Partei auch auf agrarpolitischem Gebiet zu einheitlichen Richtlinien für die parlamentarische und agitatorische Tätigkeit unserer Genossen gelangt. Die Schwere der Aufgabe kann und darf uns nicht schrecken. Denn nur durch eine einheitliche, klare, den wahren Interessen der minderbemittelten Landbevölkerung entsprechende Stellungnahme auf agrarpolitischem Gebiet können wir auf dem Lande, dort, wo das Junkertum mit allen Fasern wurzelt und seine Kraft saugt, für die befreiende Idee des Sozialismus Erfolge erzielen und schließlich auch diesen letzten Damm, hinter dem sich die preußisch-deutsche Reaktion verschanzt hat, niederlegen.

Der Jenaer Parteitag und die Agrarfrage.

Von **A. Schmidt** (Würzburg).

Der bevorstehende Parteitag in Jena wird sich in verstärktem Maße wieder mit der Agrarfrage beschäftigen. Daß sich die Partei um die Landbevölkerung kümmern muß — und zwar um die **Landarbeiter** so gut wie um die **bäuerlichen Besizer** — ist klar, darüber herrscht fast kein Zweifel mehr: einesteils um sie für uns zu gewinnen, andernteils um ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen, soweit sie allgemeine Kulturinteressen sind, zu wahren. Weniger Übereinstimmung freilich herrscht über das **Wie** der Agitation auf dem Lande.

Mehr als je wird deshalb von allen Seiten her der Wunsch laut nach einem **Agrarprogramm**, um die Agitation auf dem Lande besser betreiben zu können. Nun ist nicht zu bestreiten, daß gewisse Richtlinien in dieser Hinsicht notwendig sind, allein im gegenwärtigen Stadium des landwirtschaftlichen Produktionsproblems mangelt es noch an den zur Schaffung notwendigen sicheren Grundlagen. Bis jetzt haben wir noch keine Gewißheit, nach welcher Richtung sich die landwirtschaftliche Betriebsform entwickelt und welche Betriebsform am vorteilhaftesten produziert. Feststeht, daß sich die Auffassung der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe nicht so vollzieht wie in der Industrie, und daß sich die Kleinbetriebe nicht vermindern, sondern eher noch vermehren. Ein